

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom

2. Dezember 2025

Kantonsratspräsidentin

Widmer Reichlin Gisela

A 423 Anfrage Schumacher Urs Christian und Mit. über die Definition und den Umgang mit sogenannten Staatsverweigerern und Selbstverwaltern im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Urs Christian Schumacher ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Christian Schumacher: Mit der Anfrage A 262 erkundigt sich Mario Bucher beim Regierungsrat über dessen Einschätzung des gewalttätigen Linksextremismus, der rechtsfreien Zonen und der Antifa. Zwischenzeitlich haben die USA, das holländische Parlament und Ungarn die Antifa als Terrororganisation eingestuft und die jüngst erfolgte Antifa-Demonstration in Bern hat die Bevölkerung aufgeschreckt. Die Bilanz war: demolierte Häuser, ein Brandanschlag auf ein Restaurant, beschädigte Einsatzwagen und 18 verletzte und teils hospitalisierte Polizisten. Politiker fordern nun griffige Instrumente im Kampf gegen den lebensgefährdenden Linksextremismus. Dagen war für den Luzern Regierungsrat der gewalttätige Linksextremismus bisher kein Thema. Lieber und intensiver beschäftigte er sich mit dem Phänomen der Staatsverweigerer. Diese Personengruppe sei zwar gewaltfrei, verbreite aber Verschwörungstheorien, leugne die Legitimation des Staates und verweigere die Kooperation mit den Behörden. Innerhalb des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) wurde sogar ein Kompetenznetzwerk zur Bearbeitung dieser Problematik eingerichtet. Mit meiner Anfrage wollte ich deshalb mehr erfahren. Verlässliche Zahlen zu den Staatsverweigerern gebe es keine, aber es würden wohl kantonsweit etwas mehr als 100 Personen sein. Die europäischen Staaten rechnen im Zug ihrer gesellschaftlichen Transformationen, die mit dem EU-Rahmenabkommen auch der Schweiz beschert werden, mit zunehmendem Unmut und Staatsverweigerung bei der bürgerlichen Bevölkerung. Hat der Regierungsrat sich darauf vorzubereiten? Er stellt jedenfalls fest, dass seit der Covid-19-Pandemie vermehrt Verhaltensweisen beobachtet werden, die typisch für solche Personen seien, sodass ein Zusammenhang mit den angeordneten Pandemiemassnahmen zu vermuten sei. Effektiv war das Corona-Narrativ für viele Bürger die ultimative staatliche Willkür. So konnte der Bundesrat bis heute die Ausrufung der ausserordentlichen Lage nicht begründen. Kürzlich hat das Verfassungsgericht in Spanien die staatlichen Corona-Massnahmen für rechtswidrig erklärt und sämtliche Bussengelder sollen den Bürgern zurückbezahlt werden. Sie erinnern sich an mein Postulat zur Corona-Bussen-Amnestie. Genau solche Massnahmen wären vertrauensfördernd. Problematisch ist jedoch, wenn Staatsrepräsentanten mit dem schwammigen Begriff Verschwörung operieren und einzelne Bürger in Echokammern und Filterblasen aussortieren. Es wäre ratsam, wenn sich der

Regierungsrat nicht mit solch unpräzisen und diffamierenden Begriffen gegenüber Bürgern äusserte und nicht unbedacht das Mainstreamvokabular nachredete. Problematisch ist auch, wenn der Regierungsrat in seiner Antwort die Begriffe staatskritisch und demokratiefeindlich in einem Atemzug nennt. Ich meine, die staatskritische Haltung der Bürger ist eine Voraussetzung für unsere direkte Demokratie, in der die Bürger mit Initiativen und Referenden Fehlentscheide korrigieren und dem Staat kritisch auf die Finger schauen können. Demokratiefeindlich ist hingegen, wenn mit einem Rahmenvertrag demokratische Volksentscheide von einer fremden Institution sanktioniert und unter fremde Gerichtsbarkeit gestellt werden.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Urs Christian Schumacher, Ihre Ausführungen und der Themenkreis Ihrer Ausführungen waren sehr breit. Ich werde mich auf die Vorstossantwort beziehen. Sie hinterfragen, ob wir den richtigen Fokus haben und erklären, dass wir nicht gegen den Linksextremismus oder andere extreme Arten tätig sind. Wir haben einen kantonalen Nachrichtendienst, der mit dem Bund zusammenarbeitet. Jegliche Form von Extremismus wird beobachtet und falls nötig wird gehandelt. Ich muss klar zurückweisen, dass wir diesbezüglich nicht tätig sind. Nun aber zum Thema Staatsverweigerer und Selbstverwalter: Wir haben bei den Gemeinden und Behörden eine Umfrage gemacht und nachgefragt, wie sie das Thema aufnehmen, ob sie betroffen sind, ob sie schon Kontakte hatten. Dabei haben sich typische Verhaltensweisen gezeigt, die oft genannt wurden, nämlich das Schreiben seitenlanger, wirrer Briefe und E-Mails, das Vorzeigen von Fantasiedokumenten, die Verweigerung der Zahlung von Gebühren, Steuern und Bussen, die Verweigerung der Annahme amtlicher Dokumente, die Vorsprache am Schalter: gesuchte Streitgespräche und Verweigerung von Angaben zur Person, das Erschweren der Identitätsfeststellung. Weiter gibt es auch sogenannte beglaubigte Lebenderklärungen und Ungehorsam gegen Verfügungen und auch Androhungen gegen Verwaltungspersonen, sie persönlich haftbar zu machen. Wer ist am meisten betroffen? Das sind Gemeinden, Kanton und Behörden, auch Gerichte. Es sind vor allem Angestellte mit direktem Kundenkontakt und Exekutiv-Mitglieder in den Gemeinden, Steuerbehörden, Einwohnerdienste, Betreibungs- und Konkursämter aber hie und da auch gewisse Schulen. Das ist die Realität. Es ist nicht so, dass das jeden Tag in jeder Gemeinde vorkommt, aber es gibt hie und da auch solche Ansätze und die Gemeinden oder Behörden müssen sehr grosse Aufwendungen in Kauf nehmen. Deshalb haben wir ein Kompetenznetzwerk eingerichtet. Es geht darum, Wissen auszutauschen und wie man vorgeht. Es berät die Gemeinden und prüft Meldungen, wenn eine konkrete Gefährdung vermutet wird. Der Bund hat das Thema ebenfalls aufgenommen, weil auch andere Kantone und Bundesbehörden betroffen sind und erstellt ein gesamtschweizerisches Lagebild. Involviert sind verschiedene Behörden, die kantonalen Polizeien und der Nachrichtendienst. Ich danke allen Mitarbeitenden in Gemeinden, Verwaltung und Polizei, die in diesem anspruchsvollen Umfeld täglich mit Sorgfalt und Augenmass handeln.